

Geschäftsstelle und Redaktion:  
Dresden - A. 16, Holbeinstr. 46

Preisprophet 21 300  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

# Sächsische Vollszeitung

Abonnementspreis: Ausgabe 4 mit Illustr. Beilage vierteljährlich 2,88 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,30 M. — Ausgabe 8 vierteljährlich 5,68 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 6,00 M. — Die Sächsische Vollszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr nachmittags.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Zwei für die Zeitungspreise 40 %, im Restmetri 1 M. Familien-Anzeigen 30 %. — Für unentgeltlich gelieferten, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Frauenrechte in der neuen Reichsverfassung

Von Hedwig Dransfeld, Mitglied der deutschen Nationalversammlung u. der preuß. Landesversammlung

Sowohl die öffentlichrechtliche als auch die privatrechtliche Stellung der Frau hat durch die neue Reichsverfassung eine bedeutende und weitgehende Veränderung erfahren. Nichtungesprochen für erstere ist der zweite Satz des Artikels 109. „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Mit dieser verfassungsrechtlichen Gleichstellung aber soll, wie die entsprechenden Debatten in der Nationalversammlung beweisen, eine bedingungslose und identische staatsbürgerliche Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht ausgesprochen sein. Wie bezüglich der Pflichten die Frauen anders gestellt sind als die Männer, indem ihnen beispielsweise die Wehrpflicht niemals auferlegt werden kann, so sollen auch die ihnen verliehenen Rechte sich ihren Geschlechtseigentümlichkeiten anpassen. Es werden also einzelne Modifikationen der männlichen und weiblichen Rechte und Pflichten in Zukunft möglich sein; aber eine allzu weite Abweichung von der vollen Gleichberechtigung würde zweifellos dem Geiste der Verfassung nicht entsprechen.

Aus dem angeführten Satze des Artikels 109 ergeben sich die weiteren öffentlichen Rechte der Frauen, die entweder wörtlich oder sinngemäß in der Verfassung enthalten sind. Es handelt sich dabei im wesentlichen um das Frauenwahlrecht und um die Zulassung der Frauen zu öffentlichen Ämtern.

Artikel 22 hat dem durch die Revolutionsregierung proklamierten Frauenwahlrecht nunmehr auch die verfassungsrechtliche Sicherung gegeben. Es erwähnt ausdrücklich, daß die Reichstagsabgeordneten in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen gewählt werden. Derselbe Bestimmung enthält Artikel 17 auch für die einzelnen Länder, in diesem Falle freilich ohne Bindung an ein bestimmtes Wahlalter. Aber die Worte „und Frauen“ fehlen in gleicher Weise wieder. Der zweite Abschnitt des Artikels 17 lautet: „Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindevorstände.“ Mit dieser dreifachen Feststellung hat also die Verfassung die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen für die Wahlen im Reiche, in den Ländern und in den Gemeinden in klarer Weise durchgeführt.

Die Zulassung zu den öffentlichen Ämtern regelt Artikel 128 in folgendem Satze: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Befähigung und entsprechend ihrer Verfassung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.“ Der Zusatz „ohne Unterschied“ hebt mit unmißverständlicher Deutlichkeit für die Zulassung zu den öffentlichen Ämtern auch den Unterschied des Geschlechtes auf. Der Vorbehalt „nach Maßgabe der Befähigung und entsprechend ihrer Verfassung und ihren Leistungen“ gilt gleichmäßig für Männer und Frauen, aber er trifft in der Praxis die Frauen zweifellos schwerer als die Männer. Um es auf eine Formel zu bringen: Auf Grund der Verfassung kann die Frau im neuen Deutschen Reiche zu allen öffentlichen Ämtern gelangen, selbst zu dem des Reichspräsidenten; aber die Befähigung ist auch in der Lage, ihr auf Grund etwaiger Auslegung der geforderten „Befähigung“ und „Leistungen“ den Zutritt zu einer Anzahl dieser Ämter zu verweigern.

Artikel 128 enthält noch einen weiteren Satz, der sich direkt auf die Frauen bezieht: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“ Unter diesen Ausnahmebestimmungen trat bisher eine besonders hervor: die Forderung des sogenannten Beamtenzölibats. Der Staat hat sich nämlich als Arbeitgeber gegenüber seinen Beamtinnen durchweg das Recht vorbehalten, bei ihrer etwaigen Heirat das Arbeitsverhältnis zu lösen. Soweit dabei berechnete Ansprüche auf ein Ruhegehalt verloren gehen, war dieses Recht des Arbeitgebers zweifellos verbesserungsbedürftig. Aber an sich muß man die Praxis, nach welcher die Beamtin bei ihrer Heirat ihren Posten verläßt, im wesentlichen billigen. Dieser bisherige Vorbehalt für die Tätigkeit der Frau in öffentlichen Ämtern muß heute fallen; und so werden wir in Zukunft mit der verheirateten Lehrerin, mit der verheirateten Post- und Telegraphenbeamtin usw. zu rechnen haben. Damit sind der Frau auch auf diesen Gebieten die gleichen Rechte gegeben, wie der Mann sie besitzt. Aber es ist zu befürchten, daß diese neue Freiheit, die auf Geschlechtseigentümlichkeiten keine Rücksicht nimmt, weder ihr person-

lich, noch ihrer Familie, noch ihrer Berufsarbeit, noch endlich der gesamten Volksgemeinschaft zum Segen gereichen wird. Denn die Doppelbelastung der Frau als Beamtin einerseits, als Gattin, Mutter und Hausfrau andererseits, wird wahrscheinlich kaum jemals in normaler Weise ertragen werden können, sondern für gewöhnlich Schädigungen für die engere und weitere Umgebung der auf diese Weise belasteten Frau und für sie selber zur Folge haben.

Die privatrechtliche Stellung der Frau erfährt in der Reichsverfassung eine besondere soziale und sittliche Sicherung durch den Artikel 119, dessen erster Satz lautet: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Erneuerung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung.“ Damit ist der Vorrang und die überragende Bedeutung der rechtsgültigen Ehe für die Volksgemeinschaft festgelegt und ein scharfer Trennungsschritt zwischen ihr und irgendwelcher anderen Gemeinschaft zwischen Mann und Frau gezogen.

Der nachfolgende Satz: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung beider Geschlechter“ kann verschiedenartige Auslegung erfahren, etwa nach folgender Richtung hin: daß nur eine sittliche Gleichberechtigung ausgesprochen, ein Nebeneinander zweier gleichwertiger Menschen mit verschiedenen Aufgabenkreisen und entsprechend modifizierten Rechten gewährleistet sei. Die Antragsteller dachten aber nicht an eine solche Auslegung. Sie verlangten vielmehr die bedingungslose rechtliche Gleichstellung der Ehegatten, und aus dieser Auslegung heraus, falls sie allgemeine Anerkennung findet, würde sich die Notwendigkeit einer völligen Umarbeitung des heutigen Familienrechtes ergeben. Damit aber werden dem Gesetzgeber die schwierigsten Aufgaben gestellt. Denn es gibt in der Ehe Fälle persönlicher Meinungsverschiedenheit und darüber hinaus widerstreitender Interessen der beiden Ehegatten, die, wenn sie nicht rechtzeitig zur anerkannten Entscheidung gebracht werden, eine schwere Gefährdung der ehelichen Lebensgemeinschaft, ja eine Zerrüttung und Auflösung derselben herbeiführen können. Es heißt deshalb nicht, die sittliche und soziale Würde des einen Teiles anzutasten, wenn man in solchen Fällen — um Zerrüttung und Auflösung einer Lebensgemeinschaft zu verhüten, deren Wohl und Wehe der gesamten Volksgemeinschaft bedeutet — dem anderen Teile eine Ueberordnung, ein letztes Entscheidungsrecht, populär gesprochen „das letzte Wort“, kann in solchen für den Bestand der Familie ausschlaggebenden Streitfällen, beispielsweise wenn es sich um die Bestimmung des Wohnortes handelt, nur dem Manne zustehen. Heute aber wird der Gesetzgeber einen anderen Weg finden müssen, um bei Streitigkeiten unter den Eheleuten eine Einigung herbeizuführen, die der Gleichberechtigung beider entspricht.

Der zweite Abschnitt des Artikels 119 überträgt den programmatischen Oberbegriff, daß die Ehe den Schutz der Verfassung genießt, auf den Alltag des Lebens: Die Verfassung will eben der Ehe nicht nur ihren Vorrang gewährleisten, sondern sie auch in hervorragender Weise zum Objekt der Fürsorge für die gesamte Volksgemeinschaft machen, insbesondere wenn diese eine bedeutende Erweiterung der Volkskraft durch sie erwarten darf. Die entsprechenden Sätze lauten: „Die Heinerhaltung, Gründung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“ Mit diesem und den dritten und letzten Abschnitten des Artikels 119: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates“ wird uns ein Nebenweg sittlicher und sozialer Arbeit für das deutsche Volk gewiesen. Denn es gilt ja nicht allein äußerlich zu heben, zu retten, zu fördern, sondern die lebensschaffende Kraft der Ehe und Familie von innen heraus zu fördern und zu stärken. Familienpflege, die ihre Aufgaben nicht nur sozialpflegerisch, sondern auch im vollen Sinne erzieherisch löst und letzten Endes auf die Höhen der Religion führt, ist also eine unbedingte Notwendigkeit der Zukunft.

Endlich hat noch das uneheliche Kind seinen Platz in der Verfassung gefunden, und zwar im Artikel 121 in nachfolgendem, von den Demokraten beantragten Satze: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“ Dieser Satz bedeutet eine Unmöglichkeit; denn das uneheliche Kind wird eben nicht in eine Familie mit ihren weitgehenden sozialen und wirtschaftlichen Sicherungen hineingeboren, und seine Erziehung baut sich nicht auf der sittlichen Lebensgemeinschaft und der gleichen Einwirkung eines Vaters und einer Mutter auf. Kein Gesetz der Welt kann ihm diese Vorteile als „gleiche Bedingungen“ sichern, wie sie den ehelichen Kindern im natür-

lichen Gang der Dinge zuteil werden. Das Zentrum hatte deshalb einen Antrag eingereicht, der sich jenem der Demokraten wörtlich angeschlossen, aber die Worte „die gleichen Bedingungen“ durch „gerechte Bedingungen“ ersetzt und den Schluß „wie den ehelichen Kindern“ fallen ließ. Mit diesem Antrage blieb es auf dem Boden der Möglichkeit und deshalb zugleich der inneren Wahrscheinlichkeit, und es schaltete die Gefahr aus, daß durch eine bedingungslose rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen der Vorrang der rechtsgültigen Ehe, der für den sittlichen Aufbau der Volksgemeinschaft eine unerlässbare Notwendigkeit bedeutet, etwa angetastet werden könnte. Leider ist dieser Antrag nicht angenommen worden.

So hat auch die privatrechtliche Stellung der Frau durch die Verfassung eine Hebung erfahren. Es gelang freilich zuweilen in einer Art, die für die künftige Gesetzgebung nicht unbedeutende Schwierigkeiten hervorruft und für das Wohl der Volksgemeinschaft nicht frei von Bedenken ist, selbst wenn man die Rechtslage von anderen Gesichtspunkten der Rechtsprechung aus betrachtet als der unjeren. Aber das Gute ist jedenfalls geblieben: die Hochstellung der Ehe und Familie und ihre soziale Sicherung, was unter allen Umständen auch eine Hochstellung und Sicherung der Frau als Gattin und Mutter bedeutet.

## Der Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei

wurde am Montag vormittag unter Teilnahme von etwa 1500 Delegierten aus allen Teilen der Provinz mit einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Herrn Geheimrat Trimborn, eröffnet. Der Leitstern für die Verhandlungen sei das Wohl des Vaterlandes und das Wohl der Partei. Mit Wärme und Herzlichkeit begrüßt er die anwesenden Regierungsmänner aus der Zentrumspartei, die Minister Stegerwald und Well und den Unterstaatssekretär Busch, ferner die Damen als vollwertige Mitglieder der Partei, sowie endlich den Kölner Oberbürgermeister Dr. Widenauer nicht in seiner amtlichen Eigenschaft, sondern als Anhänger der Zentrumspartei.

Anlässlich des Parteitages konnte Geheimrat Trimborn auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurden ihm eine Reihe von Ehrungen zuteil. In seiner Dankesrede gelobte Trimborn dem Zentrum unerschütterliche Treue bis zum letzten Atemzuge. Dem mehrstündigen Referat des Abg. Trimborn über die allgemeine politische Lage entnehmen wir nach der „M. B.“ folgendes:

Zwei Leitmotive sind von größter Bedeutung festzustellen: 1. Nach und infolge der Revolution haben sich die Fraktionen des Zentrums in der National- und in den Landesversammlungen auf den Boden der Republik gestellt. 2. Im Reiche hat die Zentrumsfraktion mit den Demokraten und Sozialdemokraten — und demnach mit letzteren allein eine Regierung gebildet. Das gleiche ist in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen geschehen. In idarigen Gegensatz sind wir zu den Deutschnationalen getreten. Sie proklamieren die Wiederherstellung der Monarchie; sie bekämpfen die Sozialisten und sind hierin einig mit der Deutschen Volkspartei. Auch im eigenen Lager wurden Stimmen laut: Warum wir nicht die Wiederherstellung der Monarchie offen betreiben? Warum wir nicht völlig ablehnend gegen die Republik stehen? Warum wir in ein republikanisches Ministerium eintreten? Warum wir gar mit der Sozialdemokratie zusammen gehen? Wir haben richtig gehandelt: Wir beurteilen die Revolution zunächst grundsätzlich. Sie hat nicht den Verlust des Krieges herbeigeführt. Er war schon vor ihrem Ausbruch verloren. Aber sie hat Waffenstillstand und Frieden auf das Ungünstigste beeinflusst. Sie hat die staatlichen Zustände auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, unter denen wir so unglücklich leiden, die zum großen Teil Folge des Kriegesverlustes, wesentlich verschärft. Heute noch fürchten viele, daß der kommende Winter uns wieder spartakoidische Zustände bringen wird, weil die Revolution alle Fäden der Disziplin in Armee und Volk gelöst hat. Wenn wir uns trotzdem auf den Boden der aus der Revolution aborenen Republik gestellt haben, so haben wir es getan, weil das Lebensinteresse des Vaterlandes gebot, sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse zu stellen und das Bekenntnis zur Monarchie als verpflichtenden Parteigrundsatze aufzugeben. Wir wollten nicht in den verhängnisvollen Fehler der französischen Katholiken verfallen.

2. Wir haben dadurch Deutschland vor dem Untergang gerettet, überhaupt einen Frieden möglich gemacht, durch Schaffung einer als ver-

Wirtschaftlich, unter Regierung in italienischer Form...

U. eine rein bürgerliche Regierung war unmöglich...

4. Auch bei der Verwirklichung der Forderungen des Friedens haben wir...

5. Wir haben die sozialistische Republik der ersten Zeiten...

6. Wir haben die parlamentarische Demokratie...

Der Sozialismus d'Annunzios

16. September. Der Ratier politische Arbeiter...

17. September. (Sonder.) Nach „Demos“...

18. September. Angesichts der einschlägigen Maßnahmen...

Italien. Die wirtschaftliche Abhängigkeit habe Italien einer Sklaverei unterworfen...

16. September. Nach Mailänder Wählern haben die englischen und italienischen Truppen...

Triest, 16. September. (Meldung des Vaidacher Korrespondenzbureaus.) Infolge der Ereignisse in Triest...

16. September. „Stolia“ sagt im Stromen über die Abhängigkeit...

Wiederheraufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Italien...

Die griechischen Angelegenheiten

16. September. (Sonder.) Nach dem diplomatischen...

16. September. Die „Times“ meldet aus Paris...

Die holländische Thronrede

16. September. In der Thronrede bei der Wiedereröffnung...

kommen sind. Sobald das Parlament des Bundes...

Die deutschen Alpenländer

16. September. Nach einer von Herrn...

Die polnisch-litauische Frage

16. September. Die von gemeldet wird...

16. September. Die „Times“ meldet aus Paris...

Die Rechtsauffassung der Alliierten

16. September. Aus Paris wird gemeldet...

Rückgabe unserer Kolonien

16. September. Laut „Börs. Zeit.“...

Ull der Wächter

Von Jeremiaß Gottschell

(15 Fortsetzung.)

Wächter sah ich, daß ich unruhig gedacht, wolle nach...

solte es doch gut machen helfen, dieweil ich auch schuld...

Breneli wollte trösten, aufrichten; aber wie schwer ist...

Es kam Breneli wirklich oft der Gedanke: „Was warte...

fassen; was uns leicht geht und lustig scheint, dazu bedürft...

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

schaffen Lokomotiven bis auf einen kleinen Teil zurückzugeben. In die meisten deutschen Lokomotiven in Frankreich haben der schlechten Qualität der Kohle nicht benutzt werden können. Dem „Molin“ zufolge hätte Deutschland 2000 Lokomotiven abgeliefert, von welchen Frankreich schon in nächster Zeit 1700 zurückgeben werden. Die „Voss. Zeitg.“ stellt hierbei fest, daß die Zahl der von Deutschland abgelieferten Lokomotiven bedeutend höher ist und beinahe die im Waffenstillstandsvertrag geforderte Ziffer von 3000 erreicht.

**Aus den deutschen Tagen**

**München, 10. September.** Die Unabhängige Großpartei des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne“ in München, G. V. die vom 12. bis 14. d. M. in Zuzart ihren Großtag abgehalten hat und der 4000 und 5 Ortsgruppen angehört, hat für das Jahr 1919/20 eine Anzahl Reden aufgestellt, aus denen besonders hervorzuheben ist: Der F. J. a. S. hält es nicht für sein Recht und seine Pflicht, seine Brüder zu tätiger Arbeit und zu anstrengender Mühe an den staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Aufgaben der Zeit und des Vaterlandes aufzurufen. Der erlebte furchtbare Zusammenbruch der bisherigen Schicksale der Menschheit und unsere deutschen Vaterlandes lassen die tätige Mitarbeit jedes einzelnen Bundes an der Wiederbelebung aller Volksteile als dringendste Aufgabe der Zukunft erscheinen. Insbesondere wird der F. J. a. S. alle kulturpolitischen (sich) Aufgaben in seinem Werke auf das notwendigste fördern.

Wir wissen, was die „alten Pflichten“ und die „kulturellen Aufgaben“ der Freimaurer zu bedeuten haben. Daher mehr erhebt sich das Licht über ihre dunkle Tätigkeit, die zum Wohlbefinden als erhellendes Licht beitragen. Es darf nie in Veressenheit geraten, daß im Jahre 1914 die schicksalhaften Freimaurertrage auf Antrag einer deutschen Frau Anerkennung fand. Dieselbe Loge, von der, mit Unterstützung der Pariser Loge, die Jüden zur Ermordung des Kaisers Franz Ferdinand ausgingen. Sollte nicht die Frage solcher Beziehungen auch mit unter die alten Aufgaben rechnen? Was freimaurerische Kulturansprüche sind, das erläutern und am besten die „Leipzig'schen Theorien“.

**Die Strafanträge Erzbergers**

Die Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Erzberger haben sich in der letzten Zeit ins Ungemessene gesteigert. Die rechtschreibende Presse hat teilweise diesem Kampf unehrenhaften Mitteln gefolgt. Es ist bereits bekannt geworden, daß auch das Reichskabinett sich mit der Frage befaßt hat, ob gegen die Beleidiger ein Strafverfahren eingeleitet werden sollte. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch kann bekanntlich ein Strafantrag wegen Beleidigung eines Mitgliedes einer Behörde auch gestellt werden von dessen Vorgesetzten. Das Kabinett ist sich dahin schlüssig geworden, daß der Reichsministerpräsident nicht als Vorgesetzter des Finanzministers Erzberger anzusehen ist. Der Reichsministerpräsident sei vielmehr nur als Erster unter Gleichen anzusehen. Reichsminister Erzberger wird demnach die notwendigen Strafanträge periodisch stellen.

Im Anschluß hieran ist anzunehmen, daß die Klage läßt. Als Vertreter Erzbergers werden auftreten Rechtsanwalt Dr. Gordan und Rechtsanwalt Fehrenbach in Leipzig, Präsident der Nationalversammlung. Minister Erzberger gedenkt, Mähermeldungen zufolge, nicht, an dem Prozeß eine politische Angelegenheit zu machen, da Arbeit unendlich viele Sorgen vernommen werden müssen. Er hat sich vielmehr für ihn nur darum, eine Bestrafung des früheren Staatssekretärs und Vizenzänglers Helfferich wegen Beleidigung herbeizuführen und die Dankschuld gegenüber den kühnen Äußerungen Helfferichs über Erzberger zu klären.

**Der Reichstädtetag**

Berlin, 16. September. Am 20. und 21. September findet unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters Dr. Robert Oberburg im Zoologischen Garten in Berlin die diesjährige Mitgliederversammlung des Reichstädtetages statt, dem zurzeit 940 kleinere und mittlere Städte angehören. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über die Kommunalisierung, über Steuerreformen, über die Einheitschule, über die Verwaltungsreformen und andere wichtige Fragen. Der Tagung gehen am 19. Sitzungen des Großen Hauptausschusses im Charlottenburger Rathaus und am 18. des Gesamtvorstandes im Berliner Rathaus voraus.

**Die verbesserten Verhältnisse der Kohlenarbeiter**

Berlin, 16. September. Zur Kohlenfrage nahm die „Voss. Ztg.“ eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre und der Arbeiterräte der S. V. D. Stellung. Der erste Redner Grubensteiger Werner aus Essen behandelte zunächst den Rückgang der Förderung und stellte dann auf Grund seiner langjährigen Erfahrung als Arbeiter und Grubensteiger die Behauptung auf, daß es für einen Bergarbeiter im Ruhrrevier und auch in den anderen deutschen Kohlenfeldern besser zu leben sei, als für einen unzelner Arbeiter in irgendeiner Großstadt. Er sagte, jetzt, nachdem die Verhältnisse besser geworden sind, die Arbeiter auf den Gruben zu wachen aufgehört hat, und die Arbeiter auf den Bechen das Mitbestimmungsrecht haben, kann man diesen Arbeitern den Rat geben, in den deutschen Kohlengruben Arbeit zu suchen.

**Rückgang des Markkurs**

Büch, 10. September. Im freien Verkehr ist die sächsische Mark weiter auf 16 Centimes zurückgegangen. In Wien wurden im freien Handel 15 Centimes für die Mark notiert.

**Der Bildererlass in Preußen**

Das B. L. B. veröffentlicht folgendes: „Es sind vielfach Zweifel darüber entstanden, welche Bilder, Wägen usw. von dem bekannten Erlass des Kultusministers über die Entfernung von Wahrzeichen der alten Staats-

hoheit auf den Bildern gestrichen werden sollen. In völliger Verkennung der Absichten des Kultusministers und im Widerspruch zu den Bestimmungen, die der Minister selbst und seine Vertreter in der Zusammenkunft der Landesparlamentarier wiederholt gemacht haben, sind nicht nur die Bilder Friedrichs des Großen, des Friedrichs von Preußen, Bismarcks, Moltkes, Hindenburgs, Welldings mit den Schulen entfernt worden. Das hat zu erheblichen Schäden an bedauerlichen Bildschenswerten geführt. Um diese Schäden zu vermeiden, hat der Kultusminister auf eine Anfrage des Provinzialparlamentes und Westpreußen gegenüber seine Auffassung in einem neuen Erlass nochmals festgestellt. Die entscheidende Stelle dieses Erlasses lautet folgendermaßen:

„Zurecht sind nur Bildnisse des letzten deutschen Kaisers und des Reichspräsidenten, nicht auch solche von Persönlichkeiten, deren Bild von Bedeutung unabhängig von ihrer Bedeutung in bestimmten Staatsautorität, ersichtlich ist.“

**Drohende Regierungskrisis in England?**

London, 16. September. Nach Londoner Nachrichten sind die Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrisis immer bestimmtere Formen an. Man räth an der Bildung einer Koalitionregierung, in der die Arbeiterpartei stark vertreten sein soll. Im Hinblick auf den Austritt der Minister Churchill, Lloyd George und Chamberlain wird daher berichtet, daß diese drei als Leiter des neuen Kabinetts in Frage kommen.

**Festnummer**

zum ersten Sächsischen Katholikentag

Die Festnummer der „Sächsischen Volkszeitung“ zum Sächsischen Katholikentag, die am Sonnabend, den 27. September, zur Ausgabe gelangt, wird u. a. folgende Beiträge enthalten:

- Das Kapitel St. Petri in Waagen von Domsenior Prälat Skala;
- Die Religion und der Wiederaufbau unseres Vaterlandes von Domkaplan Leicht-Bamberg, Mitglied der Nationalversammlung;
- Das Kreuz empor! von Hans Lehmann; Student und soziale Frage von Dr. Hans Grundel-Dahleim bei Berlin;
- Der katholische Kaufmann und die neue Zeit von Dr. Leibes-Essen (Ruhr), Vorsitzender des Verbandes kathol. kaufm. Vereinigungen Deutschlands und Mitglied der preussischen Landesversammlung; usw. usw.

Bestellungen für die Festnummer, die außerordentlich reichhaltig werden wird, bitten wir an die Geschäftsstelle der „Sächsischen Volkszeitung“ Dresden-N. 16, Holbeinstrasse 4\*, zu richten. Die Teilnehmer am Katholikentag können die Festnummer in den Versammlungsorten erhalten.

**Ein Autounfall Wilsons**

Portland, 15. September. (Reuter.) Bei einem Autounfallflug der Gesellschaft Präsident Wilsons überlag sich ein Wagen. Dabei wurden zwei Personen, nämlich der Besitzer des Autos und ein unbekannter Journalist, getötet, zwei andere Journalisten verletzt. Wilson blieb unverletzt.

**Friedensangebot der Russen**

Rüdigersberg, 16. September. Laut Meldung der „Rüdigersberg.“ aus Mitau, haben auch die litauische und die finnische Regierung von der Sowjetregierung ein Friedensangebot erhalten. Tschitscherin betonte, daß die Sowjetregierung keine Absichten in Bezug auf die Baltischen Staaten habe, und bestätigte, daß die Friedensverhandlungen mit der estländischen Regierung schon begonnen hätten.

**Nachrichten aus Sachsen**

**Ein kleiner Presseapfel**

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Es war während der Vollmission in Leipzig-Gohlis. Die Herren Patres hatten fast in jeder Predigt auf die Wichtigkeit des „Glaubensbuchs“, auf die katholische Presse, hingewiesen. Da, nach einer Missionspredigt, kommt einer meiner Ministranten zu mir. „Der Pfarrer“, sagt er, ich habe was. „Freut mich.“ „Für Sie habe ich was.“ „Na, wird was Neues sein.“ „Da legt er mir lieben Abonnementszettel für die „Sächsische Volkszeitung“ auf den Tisch. Selbst dem Kinde war die hohe Bedeutung unserer katholischen Presse klar geworden, und ohne jemandem

zu sagen, hat er sie ihm nachgehenden Tage mitgebracht, auch sehr reichhaltig ausgestattet und die „Sächsische“ genannt. ... Wie es scheint, es nur eines unternehmenden Mannes, um seinen Pflichten nachzukommen. Sollen Kater und Erbschaften beschämend

Der Kommunistische Wahlsieger verliert. Der Wahlsieger der Freiberger geistige unsere Hausarbeit und unsere bekannte Kommunistenführer Wahlsieger ist unter dem Namen Wöhe in vorzeitige Liquidation gebracht worden. Er hat durch Reden wie aus dem Munde eines revolutionären Redners der gegenwärtigen Regierung nicht zu tun.

Reaktion: Ein Kommissar, Bezirks[Quint]steller ... am 1. Oktober d. J. ...

Wahlkampf von ... der bisherige Oberpräsident ...

**Politische Klugheit**

Berlin, 16. September. Von Klugheit der „Sächs. Volkszeitung“ ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

**Aus Dresden**

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Abhandlung über das Verschimmeln des Brotes festgelegt, diejenigen, die für die Lagerung und Aufbewahrung des Brotes verantwortlich sind. Es ist von der Versuchsanstalt festgestellt worden, daß jedes Brot, wenn es den Backofen verläßt, durchaus keimfrei, d. h. ohne jede Schimmelbildung ist. Infolge der Beschaffenheit des hoch ausgemahlene Mehles, das den Bäckereien zur Herstellung des Brotes zur Verfügung gestellt wird, ist es nicht möglich, ein so gutes und vor allem so trockenes Brot herzustellen, wie dies früher bei der weitaus besseren Qualität des Mehles möglich war. Und gerade diese nicht zu vermeidende geringere und oft feuchte Beschaffenheit unseres Kriegsbrottes bietet für die Schimmelbildung den besten Nährboden. Es wird jedes Brot, das nicht luftig und trocken oder zu lange gelagert wird, verschimmeln, da überall in der Luft Keime für Schimmelbildung vorhanden sind. Es geht aber an alle Produktenhändler und Haushaltungen die dringende Aufforderung, das Brot zweckmäßig, vor allem luftig und trocken zu lagern und sie zum Verbrauch nicht über acht Tage alt werden zu lassen. Bei der großen Hitze halten sich keine zubereiteten Speisen länger als zwei Tage; man sollte auch vom Brote nichts Unmögliches verlangen.

**Verbandsrat des Sächsischen Eisenbahnerverbandes.** Der dritte Verhandlungstag wurde eingeleitet durch ein Referat des Geschäftsführers Kaiser über die Aufgaben in nächster Zeit. Als solche wurden neben dem Ausbau der Organisation zur Reichsorganisation die wirtschaftlichen Forderungen behandelt. Die Anerkennung der Gewerkschaften wurde in folgender Entschliessung gefordert: In unserem demokratisch-republikanischen Staate muß es endlich dahin kommen, daß die Eisenbahnergewerkschaften als Tarifkontrahenten anerkannt und die tariflich festgelegten Abmachungen verwaltungsseitig strikte durchgeführt werden. Das zur Einführung gelangende Räte-system ist bei allen dienstlichen und sozialen Fragen weitestgehend mit heranzuziehen. Der Verbandsrat stellt jedoch ausdrücklich fest, daß der Sächsische Eisenbahnerverband in gewerkschaftlicher Hinsicht wie auch in Fragen des Räte-systems sich strikte auf den Boden der Demokratie stellt und alle Bestrebungen liberalkratischer Elemente zwecks Einführung einer Diktatur aufs Schärfste verurteilt. Bei Ueberführung der Eisenbahn an das Reich erhebt der Verbandsrat folgende Forderungen: a) daß die sächsischen Beamten nach Möglichkeit nicht außerhalb Sachsens verwendet werden, soweit sie sich nicht freiwillig dazu bereit erklären. Die leitenden Stellen sollen möglichst nur mit Sachsen besetzt werden und eine Reihe von Verwaltungsstellen insbesondere die Personalabteilung der Zuständigkeit sächsischer

Landesstellen vorbehalten bleiben; b) daß die Bezahlung des sächsischen Personals der des Reichs anzu-passen ist, wobei eine Verschlechterung der sächsischen Be-amten insbesondere der Ansprüche auf Gehalt und Ruhe-geld unter keinen Umständen eintreten darf. Weiter soll der Bestand des zu überführenden Personals gewahrt bleiben und der soziale Ausbau des bahnrätlichen Institutes gewährleistet werden; c) daß diesbezügliche Bestimmungen in dem abzuschließenden Staatsvertrag festgelegt und bei den entsprechenden Verhandlungen Vertreter unseres Verbandes hinzugezogen werden. Bei der Neu-wahl des Vorstandes wurde Eisenbahngewerkschaft Führer einstimmig als erstes Verbandsvorsitzender neu und die ausstehenden Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Mit dem Wunsche, an alle Verbandsmitglieder in der kommen-den Zeit, ihre Pflicht gegenüber dem Volke und der Organisation zu tun, wurde mit Worten des Dankes der Verbandsrat geschlossen.

**Heimkehr Kriegsgefangener.** Vorgestern Nacht gegen 1 Uhr trafen auf dem Hauptbahnhof etwa 200 aus dem Durchgangslager Sammelburg entlassene Kriegsgefangene ein. Ein großer Teil der Heim-kehrenden fuhr sofort nach Görlitz weiter, während die in Dresden bez. in der Umgebung heimkehrenden im ehemaligen Königsplatz von Vertretern der Kriegsgefangenenheim-kehr Dresden begrüßt wurden. Geheimer Konfistorialrat Hempel hielt eine herzliche Ansprache und Damen ver-stellten Liebesgaben. Nachdem die Heimkehrenden in der Bahnhofsverwaltung mit Kaffee bewirtet worden waren, wurden sie nach 2 Uhr nachts mittels eines Sonderwagens der Straßenbahn nach ihrem Quartier befördert.

**Die Postanstalten lösen die fälligen Bauscheine** der Kriegaanleihe bereits vom 21. des dem Fällig-keitsstage vorhergehenden Monats ein.

**Für den Amalienplatz** ist ein neuer Bebauungs-plan entworfen worden, der vier Wochen lang zu jeder-manns Einsicht im Neuen Rathaus (1. Obergesch., Zimmer 121) ausliegt.

**Der Verband für Jugendhilfe, Dresden, Lothringer Straße,** gedenkt voller Dankbarkeit am 16. September 1919 wiederum des 1914 auf dem Schlachtfelde vor Juvincourt gefallenen Helden Rudolf Bierling, der in seinem hoch-herzigen Vermächtnis den Grund legte zur Kriegspaten-schaftseinrichtung. Frisches Grün schmückt die marmorne Gedächtnis-tafel der Geschäftsstelle im Amtsgericht Lothrin-ger Straße 1, und ein Kranz wurde durch Verbandsbeamte auf das Grab des Entschlafenen niedergelegt.

**Ablehnung der Verhandlungen im Holzgewerbe.** Obwohl durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses die Arbeitgeberverbände beurteilt sind, mit dem Zentral-verband der Handlungsgehilfen und den sich ihm ange-schlossenen Verbänden zu verhandeln, ist nach Ablauf von weiteren acht Tagen seitens der Arbeitgeberverbände die Erklärung eingegangen, daß sie sich dem Schiedspruch nicht fügen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen will nichts unversucht lassen, um alle Wege zu begehen, die eine gütliche Einigung herbeiführen könnten. Er hat deshalb am 12. d. M. das Arbeitsministerium um Ver-mittlung angerufen.

**Die Sächsische Handels- und höhere Fortbildungs-schule in Dresden, Markstraße 3,** richtet in den Monaten Oktober bis März für Herren mit besserer Vorbildung, die vom Militär schon entlassen sind oder vor ihrer Entlassung stehen, einen weiteren Sonderkurs in kaufmännischen Fächern ein. Anmeldungen täglich von 11 bis 1 Uhr in der Schulkanzlei.

**Gemeinde- und Vereinsnachrichten**

**Dresden - Neustadt.** Wegen des Katholikentums und des darauffolgenden Fronztages findet die nächste Sitzung des Elisabeth-vereins Neustadt schon am Montag den 22. September, statt.

**Wangen.** Katholisches Lehrerseminar. In be-verstetenen Woche fand zum 4. Male in diesem Kalenderjahre eine Wahlfähigkeitsprüfung statt, der fünf junge Lehrer, vier Krüger und ein Richter unterzogen. Von diesen erhielt einer in Wissenschaften die Punkte 1, zwei 1b und zwei 2, ein Er-gebnis, auf das die Lehrerschaft stolz sein kann. In der Lehrfertig-keit wurde zweimal 2a, zweimal 2, und einmal 2b erteilt. Außer-dem sind folgende Besondere innerhalb des Lehrerkollegiums zu berichten: In die durch den Lieberthil des Herrn Prof. Warrich freiwerdende ständige Stelle ist vom Ministerium Herr Seminarlehrer Vietzmann und als dritter Religionslehrer, der der Anhalt seit Anfang des Jahres 1915 fehte, der bisherige Kaplan Herr Dr. Jehne aus Jandau berufen worden.

**Plauen i. V. Priesterexerzitien.** Auf Wunsch vieler Herren finden mit Genehmigung Sr. Bischoflichen Gnaden die Priesterexerzitien im Elisabethhaus zu Plauen i. V. am 29. September abends 7/9 Uhr bis zum 2. Oktober abends 7 Uhr statt. Die Teilnehmer werden gebeten bis zum 24. d. M. ihre Anmeldung beim kath. Pfarramte Plauen i. V. zu bewirken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul Heßlein; für den Anzeigenteil: Peter Schrader. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.

Von unserem  
Die Augen de  
Osten gerichtet, wo  
und mit tatkräftig  
Kampfe gegen So  
Kreuzen, teilweise  
immer engeren G  
und wie in einer  
steht der General  
burg, aber dem  
Truppen ist es zu  
tente über den sch  
nicht erfüllen woll  
leben sich die Str  
sind von den Volk  
nen Frontabschnit  
läuterungsprobe geg  
kann man sich nur  
die Front sich nö  
Sachsenstadt Archa  
lang bis nach Aft  
stärksten und am  
nerlichen Heerführ  
Vertrauensmann  
man auf ihn gefe  
trügerisch. Kollich  
gesetzt, und teilw  
lungen, ganze Ver  
Schuld daran lag  
war das Schicksal  
riete er anfangs  
im Urat ein und i  
Die Bolschewisten  
mitteln beraubt  
für die roten Gen  
Lenin mußte zu  
punkte näherte.  
das Schicksal noc  
wenden. In Lon  
annahm, daß m  
Sowjetrußland k  
fielen in die Hän  
sich immer mehr  
stuchartigen Rüc  
Runde erhielt, da  
der gewonnen un  
bert war. Kollich  
pen für einen g  
Feindschaft der B  
eintrag, machte  
keine andere Wahl  
Front das Feld z  
Größeren E  
operiert. Seine  
selber verfügt üb

Von

Die Christli  
Sinnesehnsucht, ab  
geplant. Dazu  
gemeinschaft und f  
transfraktion in  
gen der vielen M  
zwei rheinische S  
vorge schlagen. I  
trat an mich die  
die Tätigkeit der  
von Heusch j. R.  
Zu war ger  
nifikation der Par  
bild unserer gefe  
tische und wirtf  
zu beantworten,  
die alten aber, d  
treuen Weiterer  
das Nützliche mi  
Reisberg und f  
Leben einer klein  
unabhängiger S  
artiges neues S  
schaft Ostbüding  
Einladung des  
Danf angenehme  
Reise an.

Die Sache f  
taucherabteil 2.  
einer schlechten  
iei das Raucher  
würdet er. Der  
garre aus dem  
Was fällt ihm  
ist alles erlaubt  
Antwort. Alles  
übel beruhigen.  
Die zweifelt  
führt durch we  
bilder. Besonde  
Mitte liegt. M  
Freistateten. Fr  
Schlechtigkeit“.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschl<sup>uß</sup> verschied in dieser Nacht, völlig unerwartet, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, mein innigstgeliebter Gatte, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager, Vetter und Onkel

**Kaufmann**

# Theodor Endepols

Er entschlief sanft und ruhig nach einem kurzen Kranklager.  
R. i. p.!

**Sofie Endepols** geb. Weinsheimer  
**Käte Endepols**  
**Karl Endepols**  
**Theo Endepols**  
**Wilhelm Endepols**  
**Bernhard Endepols**  
**Irmgard Endepols**  
**Dr. Hermann Beckmann**

Oetzsch bei Leipzig,  
Hauptstraße 9,  
den 16. Septbr. 1919.

Die Beisetzung findet statt am Freitag den 19. Sept. nachm. 3 Uhr von der Hauptkapelle des Südfriedhofes aus.  
Das feierliche Seelenamt findet am gleichen Tage vorm. 8 Uhr in der St. Trinitatiskirche, Leipzig, Rudolfstraße, statt.  
Wir bitten höflichst, von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.  
Gütigst zugedachte Blumenspenden erbitten wir an die Bestattungsanstalt Oskar Gangloff, Leipzig, Markgrafenstraße 8.

Soeben erschien in 2. vermehrter mit Abbildungen versehener Auflage

**Dr. med. Hübner Leipzig**

## Meine neue Lehre

von der Heilung der Anstreckungs- oder Fieberkrankheiten, besond. der Lungenentzündung, der infolge falscher Behandlung unzählige Menschenleben zum Opfer fallen. Versäume niemand, sich bei den heute in unzähligen Fällen auftretenden Fieberkrankheiten dieses sehr empfehlenswerte Buch zu kaufen.  
Preis Mark 3,30.

Anton Schulz, Buchhdlg.  
Leipzig 12, Hauptmannstr. 9  
Postfach 1234.

**Rudolf Dörrschmidt**  
Rosenstraße 29 b

Lederstiefel u. Schuhe, Pantoffel und Hausschuhe mit und ohne Sohlein — Reparaturen nur mit gutem Kernleder billigst

**Gallensteine,**  
Professor Dr. Webers Gallensteinmittel  
**Cholapin**

ein bewährtes Gallensteinmittel zur Linderung und meist gänzlicher Beseitigung dieses schmerzhaften Leidens. Preis Mk. 10.— für eine Dose meist eine Kur ausreichend. Versand:  
**Grüne Apotheke, Erfurt 209**

**Wetteres Mädchen oder unabhängige Frau als einfache Stütze**  
in herrschaff. Haushalt gesucht. Diener vorhanden, Wäsche außerhalb. 2 Ermöglichte, ein 7 jähriger Junge. Pflanzensache Verlässlichkeit, in Küche und Hausarbeit gründlich erfahren, findet angenehme Dauerstellung. Täglich Kirchenbesuch gestattet. Ab 1. Oktober Dresden. Zuschriften an  
**Frau v. Weich,**  
3. 3. Großharthau i. S.

**Velourhüte, Samthüte, Filzhüte**  
noch sehr preiswert, kleidsame Formen  
• • • • • Umpressen schnell und billigst • • • • •

**Hutfabrik Pillnitzer Str. 19 nur 19**

**Erstklassig**



ist die Orientgröße

# Kosak

Sofort auf allen Occasionen schönster Kaufpreis  
• • • • • Übergang • • • • •  
Wichtiges Geschäft:  
Carl Schuler, Göttingen (Hildesg.)

## Tanz

Größtes Dresdner Priv.-Inst. von  
**Tanzl. H. Koenecke u. Töchter**  
Zahng. 2, am Altmarkt.  
Besorg. Tanzst. des Mittelst. Reichstanzl., uniberr. Lehrmeth., beste u. bill. Ausbild. Keine Plache, ob. Kleidervorschrift. Neue Kurse beg. Anfang September  
**Sonntags Honorar 25 M.,**  
**Wochentags abends 8 Uhr**  
**Honorar 35 M., Dauer 3**  
**Monate.** Eingelstund. jederzeit.  
Geht. Anmeldungen jetzt erbeten.

**Zur Beförderung von Zeitungspaketen**  
**2 Schulknaben**  
für sofort gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle

**3-4 Zimmerwohnung**  
zum 1. Oktober in Dresden oder einem Vororte Dresdens gesucht. Werte Zuschriften unter „R. G. 4324“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Unerwartet verschied nach kurzer Krankheit unser allverehrter Chef

## Herr Theodor Endepols

Inhaber der Firma H. Hollenkamp & Co.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen uns allezeit wohlwollenden, gerechten Chef, welcher uns durch seine unermüdete Schaffenskraft und seinem Fleiß ein leuchtendes Vorbild war.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Leipzig, den 16. Sept. 1919.

**Das Gesamtpersonal**  
der Firma H. Hollenkamp & Co.

## Wein-Sonderangebot!

Nachdem endlich die bereits voriges Jahr linksrheinisch getauften Weine durch die feindseligen Behauptungsbehörden zur Einfuhr in das unbefestigte Deutschland freigegeben wurden, bin ich heute in der Lage, meiner Kundschaft ein

### Sonderangebot 1917er naturreiner Weine

in hervorragender Qualität bei äußerst billig gehaltenen Preisen zu machen. Versand von 10 Flaschen ab.

Berlangen Sie neueste Herbst-Preisliste!  
— Bis 30. September gilt der alte, niedrige Preistarif. —

### Weingroßhandlung Alphon's Lins, Weimar.

(Verelbiger Wein-Lieferant.)

### Amtliche Bekanntmachungen

#### Fleischversorgung in der Stadt Dresden vom 15. bis 21. September 1919.

Es erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „B“ Personen über 6 Jahre auf die Marken 1 bis 10 bis 140 g Fleischfleisch mit Knochen oder Schinkenfleisch, Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marken 1 bis 8 bis 75 g Fleischfleisch mit Knochen oder Schinkenfleisch.

Der Preis beträgt bei  
Fleischfleisch mit Knochen . . . 3,40 Mark,  
Schinkenfleisch . . . 3,80 „  
Schinkenfleisch . . . 3,20 „

für das ausgemessene Pfund, bei Abgabe ganzer Klößen mit einem Inhalt von ungefähr 800 g Schinkenfleisch 9,00 Mk.

Ein Anrecht auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht, die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine möglichst gleichmäßige Belieferung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 16. September 1919. Der Rat zu Dresden.

## Der Kampf gegen den russischen Bolschewismus

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter

Die Augen der ganzen Welt sind gegenwärtig nach dem Osten gerichtet, wo von gegenrevolutionärer Seite im Verein mit tatkräftiger Unterstützung der Entente ein heftiger Kampf gegen Sowjetrußland geführt wird. Sechs große Armeen, teilweise sehr gut ausgerüstet, bemühen sich, einen immer engeren Gürtel um die rote Republik zu schließen und wie in einer Festung zu umlagern. Im Nordwesten steht der General J u d e n i t s c h schon sehr nahe vor Petersburg, aber dem heftigen Widerstand der bolschewistischen Truppen ist es zuzuschreiben, daß die Erwartungen der Entente über den schnellen Fall der Hauptstadt sich noch immer nicht erfüllen wollen. Mit einer Erbitterung sondergleichen sehen sich die Streitkräfte Trotski zur Wehr. 15 Armeen sind von den Bolschewisten aufgestellt und an die verschiedenen Frontabschnitte geschickt worden. Wie stark die Wehrleistungsprobe gegen die Stellungen der Rotgardisten ist, kann man sich nur dann vorstellen, wenn man bedenkt, daß die Front sich nördlich vom Schwarzen Meere, von der Hafenstadt Archangelsk den ganzen Westen und Süden entlang bis nach Astrachan am Kaspiischen Meere hinzieht. Am härtesten und am besten ausgerüstet ist wohl von den gegenrevolutionären Heerführern der russische Admiral K o l t s c h a k, der Vertrauensmann der Entente. Aber die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt, bewiesen sich bisher noch immer sehr trügerisch. K o l t s c h a k's Armee war manchen Mißsüßlingen ausgesetzt, und teilweise war es den Bolschewisten sogar gelungen, ganze Verbände aufzureiben und zu vernichten. Die Schuld daran liegt wohl am K o l t s c h a k selber. In seine Hand war das Schicksal der Sowjetrepublik gelegt. Von Sibirien rückte er anfangs siegreich heran, nahm die wichtigsten Städte im Ural ein und sperrte den fruchtbaren Südoften ab, so daß die Bolschewisten dem so notwendigen Bedarf an Lebensmitteln beraubt wurden. Damals gestaltete sich die Lage für die roten Gewalttäter von Tag zu Tag schwieriger und Lenin mußte zugestehen, daß die Krisis sich ihrem Höhepunkte näherte. Dem unermüdbaren Trotski aber gelang es, das Schicksal noch einmal zugunsten der Bolschewisten zu wenden. In London hatte man zu früh gejubelt, als man annahm, daß nach der Einnahme von Samara nun Sowjetrußland kapitulieren müßte. Alle großen Städte fielen in die Hände der Bolschewisten zurück, K o l t s c h a k sah sich immer mehr in die Enge getrieben und mußte schließlich fluchtartigen Rückzug nehmen. Lenin jubelte auf, als er Kunde erhielt, daß Samara, Jekaterinburg, Ufa, Perm wieder gewonnen und das Lebensmittellgebiet wieder zurückerobert war. K o l t s c h a k hatte es nicht verstanden, seine Truppen für einen zielsicheren Gegenangriff zu gewinnen, die Feindschaft der Bauern, die ihm sein rücksichtsloses Vorgehen eintrug, machte seine Rückendeckung unsicher, so daß ihm keine andere Wahl blieb, als nach dem ersten Durchbruch der Front das Feld zu räumen.

Größeren Erfolg hat Denikin, der in Südrußland operiert. Seine Truppen sind gut geschult und Denikin selber verfügt über eine vorzügliche Feldherrnbegehung, die

K o l t s c h a k vollständig fehlt. Die großen Städte Cherson, Nikolajew und Tschernomorski fielen fast mühelos in seine Hand. Denikin wird auf seinem linken Flügel von den Polen und Ukrainern tatkräftig unterstützt. Ursprünglich lagen diese beiden Volksgruppen miteinander selbst wegen Galizien in Kampf, man vereinigte sich jedoch zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Bolschewismus. In kräftigen Offensivschritten befreite die ukrainisch-polnische Armee ganz Podolien und fast die Hälfte von Polhynien, während die Hauptstadt der Ukraine von Denikin eingenommen wurde, der Petljura, den Führer der national-ukrainischen Truppen verdrängte.

In der polnischen Front stehen auch zahlreiche englische Truppen unter der Führung des englischen Generals B o u g h — England verfolgt hierbei rein selbstständige Pläne. Scheinbar nur zu dem Zwecke, die Randstaaten vom Bolschewismus zu befreien, benutzte es seine Macht, um seinen Einfluß dort auszudehnen, und die Länder zu seinen Kolonien zu machen. Die estländische Regierung hat denn auch die englische Absicht durchgesehen, und der General Liozonow, der selber von der Entente eingesetzt und bisher tatkräftig unterstützt wurde, hat sich offen von England losgesagt und das Friedensangebot der Bolschewisten angenommen. Diese Aktion hat dann auch dazu beigetragen, das weitere Vordringen des Generals J u d e n i t s c h zu verhindern, und es ist nicht ausgeschlossen, ob es den Bolschewisten nicht doch gelingt, eine gefährliche Bresche in die Nordwestfront zu schlagen, und so die Gefahr von Petersburg abzuwenden.

Im Murmangebiet schreitet der Angriff der Engländer fort. Erst neuerdings ist es ihnen dort gelungen, die wichtige Stadt Petrosawow einzunehmen. Die finnischen Truppen, die bisher in dem Gebiet operierten, haben sich nach dem Sturze des Generals Mannerheim dort vollständig zurückgezogen.

Aus der angegebenen Skizze geht hervor, daß die Lage für die Bolschewisten in der Tat sehr bedrohlich geworden ist. Ob es aber den gegenrevolutionären Truppen gelingen wird, die Macht der Rotgardisten bald und entscheidend zu brechen, bleibt abzuwarten, da die Schwierigkeiten auch für die anderen Armeen täglich größer werden. Die nationalen Gegenkräfte und die Eifersucht unter den einzelnen Truppenführern lassen ein einheitliches Vorgehen nicht zu. Alle Generale streben nach der Herrschaft, während K o l t s c h a k als einziger von der Entente begünstigt wird. Die letzten großen Niederlagen dieses Admirals sind aber nicht dazu angetan, sein Ansehen zu stärken. Auch im Süden wird der offene Bruch zwischen Denikin und den Ukrainern kaum noch lange auf sich warten lassen. Denikin kämpft für die großrussische Idee, und benutzte seine Macht und sein Kriegsglück, um in ukrainischen Gebieten das alte Regime wiederherzustellen. Die Ukrainer aber sind nicht gewillt, ihre Selbstständigkeit wieder herzugeben. Zwischen dem ukrainischen General Petljura, dem Führer der nationalen ukrainischen Truppen und Denikin ist es denn auch schon zum offenen Bruch gekommen.

Vielleicht werden diese politischen Schwierigkeiten dazu beitragen, die Macht des Bolschewismus wieder zu härten und alle Angriffe abzuwehren. Das alles aber bleibt abzu-

warten. Die Entente scheint nicht gewillt zu sein, vor den Bolschewisten das Feld zu räumen. Die neuerlichen Truppenverstärkungen, die namentlich von England an die russische Front geschickt worden sind, deuten darauf hin, daß sich die Entente zum Ziel gesetzt hat, die bolschewistische Macht zu brechen.

## Kirchenfeste und Acht-Stundentag

Was wurde nicht alles über die vielen katholischen Feiertage früherer Zeiten geredet und abgeurteilt! Daß sie eine wichtige Aufgabe erfüllten — auch eine volkswirtschaftliche und gesundheitsliche — das wurde nicht bedacht, so wenig wie die erzieherische Wirkung des entzogenen Beispiels der Klöster, die man so trefflich zu schmälern weiß. Aber die vielen Feiertage in vergangenen Jahrhunderten sorgten für das geistige und leibliche Wohl der Menschen, besonders der unteren Klassen; denn die höheren Schichten der Bevölkerung waren eben in besserer Lage — damals wie heute. Die Bauern, Handwerker und Tagelöhner aber, die keine Ferien und keinen Achtstundentag hatten, die konnten an den zahlreichen Feiertagen des Kirchenjahres aufatmen und zu sich kommen; sie konnten anrühren und so neue Kräfte sammeln, was bei färglicher Ernährung sehr wichtig war, wie uns ja der Krieg eindringlich gelehrt hat. Die Menschheit und Dynamik des Lebens hat eiserne Gesetze; der Mensch braucht Ruhe für Körper und Geist; der Ruhm von Tag und Nacht, von Beruf und Sonntag läßt sich nicht aufheben; selbst die große französische Revolution war ihm gegenüber ohnmächtig. Die zehntägige Woche verdrängte alsbald wieder. Zaufkerien gab es in früheren Jahrhunderten nicht; daraus darf man nicht vorschnelle Vorwürfe schmieden; jene Zeiten hatten dafür vielmehr Feiertage. Andererseits sind mit Recht in unserer Zeit eine große Anzahl von Kirchweihen aufgehoben oder auf die benachbarten Sonntage verlegt worden, weil jetzt bei der beschwerlichen Arbeitszeit auf andere Weise Gelegenheit für Ruhe und innere Einkehr sich bietet.

Ob diese Gelegenheit auch ebenso ausgenutzt wird wie früher zur Zeit der Feiertage, das ist eine andere Frage. Damals war mit der körperlichen Ruhe der Anblick nach oben ohne weiteres vereinigt; der Gottesdienst des Kirchenfestes gab dem Tage einen Inhalt, einen besseren Gehalt als Kino, Tanz und andere rauschende Vergnügungen; das Beispiel des Heiligen, dessen Tag gefeiert wurde, spendete Kraft und Ansporn im stürmischen Leben. Volksteile, die an solchen Feiertagen teilnahmen, ließen auch die „weltliche“ Natur des Menschen zum Rechte kommen; wir haben in alten Sitten und Gebräuchen noch genug Urkunden darüber.

Wenn wir das alles bedenken, erscheinen die vielen früheren Feiertage doch in einem anderen Lichte als das landläufige Urteil der Gegner zugeben will. Und ungekehrt zeigt sich damit, daß nicht erst mit dem Achtstundentag für das Wohl der arbeitenden Menschen gesorgt wurde, sondern daß die Kirche als gütige und weise Mutter des Volkes in ihrer jahrhundertalten Erfahrung schon längst auch dieser sozialen Frage gerecht wurde. Wenn nur alle ihre immer gefolgt wären . . .

## In der Diaspora

Von Dr. Herschel, M. d. N.-B.

Die Christliche Volkspartei in Gera hatte für Maria Himmelfahrt, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung geplant. Dazu hatte sie einen Abgeordneten als Redner gewonnen und sich deshalb an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung gewandt. Wegen der vielen Rheinländer und Schlesiern am Ort hatte man zwei rheinische Kollegen und den Schreiber dieser Zeilen vorgeschlagen. Die ersteren waren verhindert. Deshalb trat an mich die Frage heran, ob ich über „Die Lage und die Tätigkeit der Nationalversammlung“ in der Hauptstadt von Reu j. L. sprechen wollte.

Ich war gern bereit dazu. Es galt, die künftige Organisation der Partei für das Reich darzulegen, ein Gesamtbild unserer gesetzgeberischen Tätigkeit zu geben, die politische und wirtschaftliche Lage zu zeichnen, etwaige Fragen zu beantworten, neue Mitglieder für die Partei zu werben, die alten aber, Männer wie Frauen, zur Einigkeit und treuen Weiterarbeit aufzumuntern. Nebenbei konnte man das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden, die frühere Weisheit und bedeutende Industriezeit besuchen. Das Leben einer kleinen katholischen Diasporagemeinde inmitten unabhängiger Sozialdemokraten kennen lernen. Ein eigenartiges neues Stadtbild sehen. Durch die reizvolle Landschaft Ostthüringens reisen. Grund genug, die freundliche Einladung des Pfarrers, bei dem ich wohnen sollte, mit Dank anzunehmen. Um 1.18 Uhr mittags trete ich die Reise an.

Die Soche fängt gut an. Ort der Handlung: ein Nichtraucherabteil 2. Klasse. Ein Jüngling pafft Wolfen aus einer schlechten Zigarre. Ein älterer Herr sagt ihm, hier sei das Rauchen verboten. „Jetzt ist alles erlaubt!“ erwidert er. Der Ältere sagt nichts. Er reißt ihm die Zigarre aus dem Munde und wirft sie zum Fenster hinaus. „Was fällt Ihnen ein?“ schreit der Raucher wütend. „Es ist alles erlaubt, haben Sie eben gesagt.“ ist die ruhige Antwort. Alles lacht. Der Jüngling muß sich wohl oder übel beruhigen. Selbsthilfe im freien Volkswort.

Die zweifelhafte Fahrt von Weimar bis Gera führt durch wechselnde, aber immer liebliche Landschaftsbilder. Besonders vor und hinter Jena, das etwa in der Mitte liegt. Man kommt durch mehrere kleine thüringische Freistaaten. Früher sprach man hier von der „Reiz-Gera-Schleipigkeit“. Jetzt soll ein neues Groß-Thüringen

aus den vielen Ländern und Ländchen werden. Dem stellen sich aber Hindernisse in den Weg. Ein Herr aus G o t h a beschwert sich, daß Preußen E r f u r t nicht hergeben wolle. Es wird auf Preußen geschimpft. Außer mir sind nur Sachsen im weiteren Sinne im Abteil. Dann wendet sich das Gespräch noch ernsteren Dingen zu, nämlich der wirtschaftlichen Lage. Jetzt schimpft man auf die Nationalversammlung. Ohne zu wissen, daß einer davon still mitten drin sitzt. Die Abgeordneten reden nur, anstatt für Ordnung und Arbeitswilligkeit zu sorgen. Wie sie das tun sollen, wo sie die Macht dazu hernehmen können, verraten die Kritiker freilich nicht. Dann meint einer, am besten wäre es schon gewesen, wenn Spartakus gleich zur Herrschaft gekommen wäre. Unter Liebknecht als Präsidenten. Nach sechs Wochen wäre das deutsche Volk renewed und vernünftig geworden und längst wieder alles in schönster Ordnung. Jetzt sei dazu wenig oder gar keine Aussicht mehr. Ein anderer sagt, der Bolschewismus käme im Winter bestimmt. Dann würde es bei uns wie in Ungarn. Auf diesem Wege sei allein die Einsicht wieder herzustellen. Auf den Einwurf, dabei könnte doch viel Vorzellan in Scherben gehen, sagt der Herr, wir hätten nicht mehr viel davon. Unter solchen mehr zeitgemäßen als heiteren Gesprächen kommen wir allmählich nach Gera. Ich schäme das Zuhören im Eisenbahnwagen sehr. Man hört dabei die Stimme des Volkes. Und kann sich dann danach richten.

Auf dem Bahnhof nennt ein unbekannter Herr meinen Namen und stellt sich als Vorstandsmitglied des katholischen Männervereins vor. Erstaunte Frage, woher er mich kenne. Von dem Wilde im parlamentarischen Handbuch. Ein Kollege in Weimar sagt, als ich ihm dies väter erzähle, darauf dürfte ich nicht etwa stolz sein, man erkenne ja auch viele aus dem Verbrecheralbum. Da niemand aus dem hohen Hause damit gemeint war, wäre diese unpassende Bemerkung selbst in öffentlicher Sitzung vom Präsidenten nach der Geschäftsordnung nicht zu beanstanden. Man sieht, Parlamentarier lernen ihre Worte so genau wägen und setzen, daß man dagegen nachlässig ist.

Nun gesellt sich der Pfarrer zu uns beiden, der geistliche Platzkommandant der katholischen Gemeinde. Wir schreiten vereint dem Pfarrhause zu. Die Straßen von Gera bieten ein belebtes Bild. Die Läden zeigen seit durchweg zahlreiche Käufer. Die Preise sind unter unabhängiger Herrschaft auch nicht anders als anderswo. Auf einem freien Platz steht eine große Kirche in moderner Backsteingotik. Ich frage, ob das etwa die katholische ist.

Der Pfarrer erwidert, ich solle nicht so ironisch sein. Das wäre die protestantische Hauptkirche. Vor ihr ein Denkmal Kaiser Wilhelm I. Der Kopf des Reiters erscheint zu klein, überhaupt die ganze Figur von unten gesehen auf dem schwebenden Sockel und dem hohen Sockel allzu zierlich. Eine zweite große Kirche in Barock mit hohen Freitritten, an der wir vorbeikommen, die Johanniskirche, ist auch protestantisch. Der Pfarrer wünschte seiner Gemeinde solche weite Hallen. Sein Kirchlein ist mandala viel zu klein. Die beiden großen Kirchen dagegen bieten oft noch recht viel Platz. Möglicherweise stehen hier vor dem Pfarrhause und der katholischen Kirche, ohne daß wir sie vorher gesehen haben. Sie liegt in der Fluchtlinie einer Nebenstraße. Ihre romanische Fassade wirkt nach außen ganz stattlich. Innen freilich merkt man, daß hier einst eine Fabrik war. Die arme Gemeinde hat mit dem rettenden Beistande des Bonifatiusvereins das bescheidene Gotteshaus gebaut. Der Hochaltar trägt frische Blumen zum Marienfest. Sonst ist kaum Schmuck zu sehen. Ein niedriges flaches Dach deckt das eine schmale Schiff. Aber das schlichte Kirchlein beherbergt doch denselben höchsten Herrn wie der prächtigste Dom. Wie dort kann jeder hier Trost in schwerem Seelenleid suchen und finden.

Neben der Kirche ist die private Schule der katholischen Gemeinde. Mein Gastfreund erzählt mir gern einiges darüber. Die Errichtung und Erhaltung einer eigenen Schule hat die katholischen große Opfer gekostet und fordert sie täglich von ihnen. Nach dem früheren Landesgesetz von Reu j. L. mußte grundsätzlich jedes Kind die protestantische Schule besuchen. Ebenso ihren Religionsunterricht. Das galt selbst dann, wenn beide Eltern katholisch waren, außer, falls der Erziehungsberechtigte einen besonderen Antrag auf Befreiung stellte und für andere Beschulung gesorgt war. Eine katholische Privatschule wurde deshalb eine gebietliche Notwendigkeit für Gera. Staat und Stadt dachten nicht daran, katholischen Unterricht einzurichten. Man suchte die Genehmigung zu einer Privatschule nach. Sie wurde auch erteilt, aber unter der Bedingung, daß die Gemeinde ausdrücklich auf jeden öffentlichen Zuschuß für in mer verzichte. Unter dem Druck der Not bestand man sich dazu, obgleich man doch öffentliche Aufgabenerfüllte. Die Schule wurde bald gut besucht, und blieb es auch, weil sie kein Schulgeld erhob. Manche katholische Eltern aus der Stadt, besonders aber aus den industriellen Vororten, führten ihr wohl aus diesem Grunde ihre Kinder zu, die sie ruhig in öffentliche protestantische Schule

Seite 4  
gewerbe,  
Schiffes  
Zentral-  
m ange-  
lauf von  
inde die  
bsprach  
gehilfen  
begeben.  
Er hat  
im Ver-  
ldungs-  
Monaten  
nung, die  
ntlassung  
nischen  
Ure in  
ten  
und des  
ifaberig-  
hatt.  
In de  
jahre eine  
e Lehrer,  
en erhielt  
ein Er-  
berfertig-  
Auber-  
gungens zu  
arisch  
inardiere  
infalt seit  
Dr. Jene  
Wand  
höflichen  
Blauen  
Oktober  
eten bis  
farante  
iter Paul  
Draud  
Dresden.  
k-  
S  
o.  
en  
ef,  
af-  
les  
on  
ot!  
gekauften  
hr in des  
der Lag-  
eine  
Breiten zu  
tif. —  
mar.  
ben  
10 11  
4,  
11 8 11  
p.  
mit einem  
te befeh-  
gich-  
eben.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren

Vom 1. Oktober 1919 ab beträgt im inneren Verkehr des Reichspostgebietes, sowie im Verkehr mit Bayern und Württemberg die Gebühr für:

Fernbriefe bis 20 g 20 Pf., über 20-250 g 30 Pf., Ortsbriefe bis 20 g 15 Pf., über 20-250 g 20 Pf., Fernpostkarten 15 Pf., Ortspostkarten 10 Pf.

Drucksachen bis 50 g 5 Pf., über 50-100 g 10 Pf., über 100-250 g 20 Pf., über 250-500 g 30 Pf., über 500 g bis 1 kg 40 Pf.

Geschäftspapiere bis 250 g 20 Pf., über 250-500 g 30 Pf., über 500 g bis 1 kg 40 Pf.

Warenproben bis 250 g 20 Pf., über 250-500 g 30 Pf.

Milchsendungen bis 250 g 20 Pf., über 250-500 g 30 Pf., über 500 g bis 1 kg 40 Pf.

Kostauftragsbriefe 75 Pf.

Briefe mit Wertangabe: 1. im Fernverkehr bis 20 g 50 Pf., über 20-250 g 60 Pf., 2. im Ortsverkehr bis 20 g 45 Pf., über 20-250 g 50 Pf.; dazu eine Versicherungsgebühr von 40 Pf. für je 1000 M. Wertangabe. Postanweisungen bis 5 M. 20 Pf., über 5-100 M. 40 Pf., über 100-250 M. 60 Pf., über 250-500 M. 80 Pf., über 500-1000 M. 1 M.

Pakete (Reisgewicht 20 kg) bis 5 kg 75 Pf., in der Postzone 1,25 M., in der Fernzone, über 5-10 kg 1,50 M., bzw. 2,50 M., über 10-15 kg 3 M., bzw. 5 M., über 15-20 kg 4 M., bzw. 6 M.

Einschreibepakete tritt eine Einschreibgebühr von 30 Pf. hinzu.

Pakete mit Wertangabe die Einschreibgebühr von 30 Pf. und eine Versicherungsgebühr von 40 Pf. für je 1000 M. Wertangabe hinzu. Jedem Paket ist eine Paketkarte beizugeben.

Die Eilbestellung bei Vorauszahlung: 1. nach dem Ortsbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 50 Pf., b) für ein Paket 75 Pf.; 2. nach dem Landbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 1 M., b) für ein Paket 1,50 M.

Sonstige Gebühren: Einschreibgebühr 30 Pf., Gebühr für das Vorzeigen von Nachnahmehendungen 25 Pf., Ausfertigungsgebühr für das Ueberweisungstelegramm bei telegraphischen Postanweisungen 25 Pf., Gebühr für dringende Pakete 2 M., Zustellungsgebühr 40 Pf., Rücksendungsgebühr 40 Pf., Einlieferungsgebühr für außerhalb der Schalterstunden eingelieferte Einschreibsendungen und Pakete 40 Pf., Gebühr für Unbestellbarkeitsmeldungen 50 Pf., Gebühr für Entlass eines Aufschreibens 40 Pf., Gebühr für Bestellschreiben wegen Nachlieferung von Zeitungen 25 Pf. Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, unterliegen dem Freimachungszwang. Das bisherige Bestellgeld kommt für alle Sendungen, mit Ausnahme der Eilsendungen und der Zeitungen, in Wegfall.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt: im Stadtverkehr für das Wort 8 Pf., mindestens 80 Pf., im sonstigen inländischen Verkehr für das Wort 10 Pf., mindestens 1 M.

Die neuen Fernspreckgebühren: A) die Pauschalanschlüsse, die nicht weiter als 5 Kilometer von ihrem Anthe entfernt liegen, kosten künftig jährlich: in

Sächsischer Katholikentag

Anmeldungen zum Katholikentag nehmen entgegen bis 10. September die Herren Vereins-Vorsitzenden, die Ortsaufsicht, in Dresden auch Herr Buchhändler West und Herr Trümper, der Unterzeichnete jedoch. Vorauszahlung der Beiträge erforderlich. Vereinsbeiträge werden angerechnet. Jede Mitgliedskarte verbürgt Zutritt. Anmeldung von Referierten Blättern wird am 20. Sept. geschlossen. Der Mitgliedskarten-Bericht erfolgt dieser Tage durch die Post über die Ortsaufsicht. Gemaine Wünsche werden bald ersehen. Mitglieds 3 M., Angehörige 1 M., Referierte Blätter 3 M., Referentenlohn auf Grund der Karten verlangen. Vorstand: Paul Sprengel, Dresden-N., Cönniger Str. 56 I. Kassier: Anton 88821, Cönniger Str. 56 I.

Reben bis zu 50 Teilnehmern 100 M., bei mehr als 50 bis zu 100 Teilnehmern 200 M., bei mehr als 100 bis zu 200 Teilnehmern 2,40 M., bei mehr als 200 bis zu 500 Teilnehmern 280 M., bei mehr als 500 bis zu 1000 Teilnehmern 300 M., bei mehr als 1000 bis zu 2000 Teilnehmern 340 M., bei mehr als 2000 Teilnehmern (Berlin) 360 M.

B) Die Grundgebührenanschlüsse dagegen kosten bei gleicher Entfernung künftig alljährlich: in Reben bis zu 1000 Teilnehmern 120 M., bei mehr als 1000 bis zu 2000 Teilnehmern 150 M., bei mehr als 2000 bis zu 3000 Teilnehmern 180 M., bei mehr als 3000 bis zu 4000 Teilnehmern 200 M. Hierbei ist zu beachten, daß für die Anschlüsse unter B mindestens 400 abgehende Ortsgespräche mit künftig je 10 Pf., also mindestens 40 M. bezahlt werden müssen. Werden mehr als 400 solcher Gespräche geführt, so sind natürlich auch mehr zu bezahlen. Die Gebühren für Nebenanschlüsse betragen ab 1. Oktober: 1. Wenn sich der Nebenanschluß auf dem Grundstück des Hauptanschlusses und in den Räumen des Hauptstelleninhabers befindet, jährlich 40 M., 2. Wenn sich der Nebenanschluß auf einem anderen Grundstück und zwar auf demselben Grundstück wie der Hauptanschluß, aber in fremden Räumen (bei Bekannten usw.) befindet, jährlich 60 M., 3. Außerdem sind für jede angefangene 100 Meter Doppelleitung (außer den ersten 100 Metern), die zur Verbindung der Nebenstelle mit der Hauptstelle nötig sind, jährlich zu entrichten 10 M.

Die Gebühren für Ferngespräche von höchstens 3 Minuten Dauer betragen künftig bei einer Entfernung bis zu 25 Km. 40 Pf., bei mehr als 25 bis zu 50 Km. 50 Pf., bei mehr als 50 bis zu 100 Km. 1 M., bei mehr als 100 bis zu 500 Km. 2 M., bei mehr als 500 bis zu 1000 Km. 3 M., bei mehr als 1000 Km. 4 M.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Wald. Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25. \* Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus. \* Forschungs- und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe) in Aufnahme von Klavier- und Violinschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenfassung, Musikgeschichte, Dirigierung, Kirchenmusik u. Schüler-Orchester- und Chorklassen: Musikwissenschaftliche Vorträge, Kompositionen, Abende, Schüler-Vortragsabende und Konzerte. Anfertigungen: Eintritt jederzeit. Anmeldegn. wochentags 8-7 Uhr.

Unsere Brotgetreideversorgung

In der letzten Sitzung des Preisbeirates beim Landes-Livestockamt wurde die Frage unserer Brotgetreideversorgung von Regierungsseite eingehend dargelegt. Daß auch in diesem Jahre die von der Reichsregierung angeordnete Lieferungszulage und das gleichzeitig erfolgte Haferrückverbot notwendig waren, zeigt schon der Stand der Brotgetreideversorgung in unserem Freistaate. Die vorjährige außerordentlich frühe Ernte in Verbindung mit den immerhin hohen Frühdruschprämien hatte eine reichliche frühzeitige Anlieferung von Brotgetreide zur Folge. Bis 15. August waren damals in ganz Sachsen etwa 318 000 Doppelzentner angeliefert, in diesem Jahre zum gleichen Zeitpunkt erst 12 700 Doppelzentner. Bei einzelnen Kommunalverbänden sind die Zahlen ungefähr verhältnismäßig entsprechend, zum Beispiel Bautzen bis 15. August 1918 41 000 Doppelzentner (bis 15. August 1919 1000 Doppelzentner), Töbels 32 000 Doppelzentner (-), Böhlen 11 159 (6), Großenhain 66 800 (6700), Oschatz 45 000 (2800), Pirna 32 500 (160). Wehmüßig lagen die Dinge in Süddeutschland, wo die eindringlichsten Klagen laut wurden, und im ganzen Reiche.

Nun handelt es sich nicht so sehr darum, die laufende Brotversorgung zu sichern, sondern vor allem darum, für die Monate, die vor Eintritt des Frostes ganz und gar für die Aberntung und Anlieferung der Kartoffeln und Rüben in Betracht kommen, einen möglichst großen Vorrat an Brotgetreide aufzustapeln, damit die Versorgung in den letzten Monaten des alten und den ersten Wochen des neuen Jahres nicht ins Stocken gerät.

Wenn in diesem Jahre bisher noch nicht so viel Getreide angeliefert worden war, so lag das einmal an dem viel späteren Einsetzen der Ernte, so daß die Körnerfrüchte rasch hintereinander hereingebracht werden mußten, ein Ausdrusch also an sich schwer möglich war, dann an der von der Nationalversammlung beschlossenen Nichtwiedereinführung der Frühdruschprämie, die den Landwirten die durch den Ausdrusch zu ungewöhnlicher Zeit erwachsenden Mehrkosten ersparen konnte, und endlich an der Entwickelung des Haferrückverbotes nach der teilweisen Freigabe desselben. Zur Sicherung der Volksernährung mußte die Regierung auch in diesem Jahre in den sauren Äpfel beißen. Denn während im Frieden zur Zeit des Ueberganges von der alten zur neuen Ernte die Einfuhr von Brotgetreide und Mehl aus dem Auslande den höchsten und zum Ende des Jahres den niedrigsten Stand erreichte, mußten wir im Kriege wegen der völligen Absperrung vom Auslande zum Anhaltswort des Frühdrusches greifen. 1917 mußten wir schon einen Monat, 1918 bereits eineinhalb Monate im alten Wirtschaftsjahre die neue Ernte im voraus in Anspruch nehmen. Der Frühdrusch brachte diese Mengen herein und außerdem noch eine beträchtliche Reserve für den Herbst und Winter. Die Wirkung der Lieferungszulage läßt sich vorerst noch nicht deutlich übersehen, macht sich aber immerhin schon bemerkbar dadurch, daß verschiedene Kommunalverbände Vorläufe der Reichsgetreidestelle nicht mehr nötig haben.

Die gelegentlich vertretene Ansicht, man hätte auch ohne Zusätze bei energischem Vorgehen gegen die Landwirte aus den Schwierigkeiten herauskommen können, überfieht, daß mit bloßem Zwang die Ablieferung derartiger großer Getreidemengen, wie sie jetzt benötigt werden, niemals herbeigeführt werden kann.

Die Versammlung am Abend ist gut besucht und verläuft ohne jeden Zwischenfall. Man mußte auf Störungen immerhin gefaßt sein. Zur Wahlzeit ist es hier nicht so glatt gegangen, wie man mir erzählt und wie man sich in einer Hochburg der Unabhängigen vorstellen kann. Die Teilnehmer des Abends setzen sich aus allen Ständen zusammen. Es sind nicht nur Katholiken erschienen. Männer und Frauen sind etwa gleich stark vertreten. Daß viele Schleier da sind, beweist eine schriftliche Anfrage am Ende der Rede, warum die Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Sozialdemokraten in Oberhessen auseinander gegangen sei. Eine zweite Frage, warum unsere Kriegsgefangenen noch immer nicht heimkehren. Das brennt uns allen auf dem Herzen. Ja, warum? Weil die Feinde sie nicht loslassen und wir keine Macht haben, sie dazu zu zwingen. Der Mangel an Macht ist die Erklärung für so vieles in unserer heutigen traurigen Lage.

Es ist fast Mitternacht, als wir durch menschenleere Straßen dem gastlichen Pfarrhause zustreben. Keine Laterne brennt in der ganzen Stadt. Gasperre. Man könnte glauben, im Mittelalter zu sein. Das schwache Licht des abnehmenden Mondes läßt die Häuser, die Giebel, die Erker ganz unbestimmt erscheinen. Die weiten Plätze leuchten fahl, die engen Straßen sind dunkel. So wie die Zukunft Deutschlands.

Wenn eins uns stärken kann in solchen schweren Zeiten, so ist es das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den großen Bestammungsfragen. Auch die kleinste Diasporagemeinde darf sich sagen, daß Millionen Glaubensbrüder Anteil an ihrem Schicksal nehmen. Daß ihre Rechte heute nicht vergessen werden, wo eine große Partei zur entscheidenden Mitarbeit an den Geschicken Deutschlands berufen ist.

geschickt hätten, wenn dort nicht Schulgeld zu zahlen gewesen wäre. So sind viele Kinder dem katholischen Glauben erhalten worden. Aber die Gemeinde hat auch große finanzielle Sorgen durch die Schule. Gegenwärtig besuchen die etwa 130 Kinder, die von drei Lehrerinnen unterrichtet werden. Man ersieht aus diesem Falle, wie segensreich das Schulkompromiß in der Verfassung mit seiner Aufrechterhaltung der privaten Diözesenschulen wird wirken können. Dank den Führern, die in mühevoller Arbeit erreicht haben, was Generationen zum Heile gereichen dürfte. Schwierigkeiten und Widerstände waren zu überwinden, von denen der Außenstehende kaum etwas ahnt.

Nach dem Kaffee schlägt der Pfarrer einen Spaziergang durch die Stadt vor, die er mir selbst zeigen will. Wir sind bald am Markt. In der Mitte ein Brunnen mit Simson, der den Löwen zerreißt. Bildhauerei des ausgehenden 16. oder des beginnenden 17. Jahrhunderts. Eigenartig ist die Stellung des Störchen, der mit gespreizten Beinen rittlings über dem Tiere steht und ihm die Kinnladen mit Gewalt öffnet. Der Löwe scheint zu merken, was ihm droht. Er macht einen schläglichen Eindruck. In dem Renaissance-Ratshaus mit seinem schönen Portale befindet sich laut Inschrift die älteste Schankstätte Deutschlands. Seit 1254 läßt man hier im Ratskeller seinen Durst. Solche Preise wie jetzt hat aber die ehrwürdige Kneipe in den bald 700 Jahren ihres Bestehens noch nicht gesehen. Bisher war ich der Meinung, daß der „Riese“ im schönen Miltenberg am Main das älteste Gasthaus des Vaterlandes wäre. Oder ist das die älteste Gerberge und in Gera doch die älteste Schankwirtschaft? Vielleicht hat einer der geehrten Leser Spezialkenntnisse auf diesem interessanten Gebiete. Nicht weit vom Markt, auf einem kleinen Blase steht ein schönes Bronzedenkmal des Fürsten Heinrich Postumus aus dem Jahre 1635. Mit erstem Ausdruck in dem männlich schönen Antlitz steht er in der kleidamen Tracht des Dreißigjährigen Krieges vor seiner Schöpfung, einer höheren Schule, die die Widmung trägt: Deo, virtuti, litteris.

Schröbner erhebt sich ein einfacher Bau von amtlichem Aussehen. Ich frage danach. Nichtig. Es ist das frühere fürstliche Ministerium. Die Arbeitslast mag hier nicht erdrücken. Der ganze Freistaat Neuh. S. hat ein Zehntel der Einwohner von Groß-Berlin. Gera selbst rund 60 000. Aber Sorgen hatte und hat das Ländchen auch. Die Ernährung war hier mit am schlechtesten in ganz Deutschland, ähnlich wie in den großen sächsischen Industriestädten. Die

Bevölkerung, zum großen Teile Textilarbeiter, darunter viel Jugewanderte, ist deshalb und an sich schwierig, wie überhaupt in Thüringen. Sie hält aber jetzt Ruhe. Die Stadt ist eine Hochburg der Unabhängigen. Thüringen hat drei solche in die Nationalversammlung entsandt neben vier Mehrheitssozialisten und einigen Bürgerlichen. Die katholische Gemeinde von Gera zählt mit den Vororten etwa 4000 Seelen. Ich frage den Pfarrer, ob die Katholiken wohlwollend behandelt wurden und werden. Er lächelt. Ich verstehe. Es ist so wie in Sachsen. Goffen wir, daß es künftighin besser wird. Dazu brauchen wir aber ein starkes und einigiges Zentrum im Reiche. Nirgendes fühlst man das mehr als hier in der schwachen Diaspora.

Auf dem weiteren Rundgange kommen wir an der gotischen Trinitatiskirche vorbei, die noch aus katholischer Zeit stammt. An der Seitenwand klebt außen eine zierliche Kanzel, zu der von innen eine niedrige schmale Tür führt. Schwerlich konnte hier ein Mensch durchdringen. Er fand auch kaum Platz auf der Kanzel. Was sollte dieser Erker aber, wenn von hier nicht gepredigt werden konnte? Der Pfarrer meint, wahrscheinlich seien an Festtagen kleinere Heiligenfiguren für die Menge draußen aufgestellt worden. Mögliche. Dafür spricht das zierliche gotische Dach der „Kanzel“, das als Schalldeckel zu klein, eine Art Kuffay für eine Altarnische darstellt. Sicher ist das keineswegs. Liegt hier eine ungelöste Frage kirchlicher Kunstgeschichte vor? Wer weiß Antwort?

Wir haben noch Zeit, vor der Versammlung die köstliche sächsische Promenade zu besuchen, die sich auf halber Höhe eines stattlichen Hügelrückens längs des Elsterflusses hinzieht. Hochstämmiger Buchen- und Birkenwald. Durch ihr Laub fällt goldener Abendsonnenschein. Die Durchblicke nach der Stadt zu unseren Füßen sind reizend. Am Ende des halbkrümmigen Weges stehen wir vor einem stattlichen Bau, dem fürstlichen Schlosse. Reichswehr im Stahlhelm bewacht es. Der Fürst ist fort. Die Stadt merkt das sehr. Weniger noch politisch als am Selbstent. Zur Zeit wird von ihr wegen der Fortdauer des Ausschusses zum früheren Hoftheater verhandelt. Man will dem Fürsten dafür sogar die Hofloge weiter belassen. Auch die Unabhängigen werden also Realpolitiker, wo sie an der Macht sind. Wie alle anderen Parteien auch. Viele kleine Residenzen werden finanziell die Umwälzung noch sehr fühlen. So Weimar, wo viele Anstalten allein von der großherzoglichen Privatkapitale unterhalten wurden. Jetzt fallen sie der Stadt und dem Lande zur Last. Oder

Geschichte

Die Geschichte des Freistaates Sachsen...

Durch

im Zentrum... Die Geschichte...

Wg.

Rolle im... Die Geschichte...

Diese

Saltung, wel... Die Geschichte...